

Dezember 2004

# pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

CDU-Landesregierung lässt die Katze aus dem Sack:

## Hinterhältige und verlogene Politik

Gerade mal drei Monate sind seit der letzten Landtagswahl vergangen. Da sieht die saarländische Welt völlig verändert aus. Plötzlich „muss“ ein harter Sparkurs gefahren werden; Kultur, Schule, Polizei und Lehrer sind besonders betroffen.

Vom Staatstheater werden derart rigorose Einsparungen verlangt, dass eine Weiterexistenz auf bisherigem Niveau unmöglich ist, das Absinken auf Standards á la Hintertupfingen ist vorprogrammiert. Ein Drittel aller Grundschulen sollen geschlossen werden, offensichtlich hat die Landesregierung aus der Pisa-Studie gar nichts gelernt. Aber auch bei den Angestellten des Landes werden die Daumenschrauben angezogen: längere Arbeitszeiten sowie Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, wie sie bereits für Beamte gelten. Bei den Löhnen eine Nullrunde für alle Beschäftigten. Auch die Blinden werden nicht geschont, Leistungen für Sehbehinderte sollen um 30 Prozent reduziert werden.

Neuerdings ist vom „Aufsteigerland“ keine Rede mehr. Dabei ist noch wenige Tage vor der Wahl gelogen worden, dass das „Saarland in den letzten fünf Jahren zum Markenzeichen für erfolgreichen Strukturwandel“ geworden sei und dieser Weg fortgesetzt werden müsse. Von all' den Grausamkeiten, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, war allerdings keine Rede.

Viele Menschen begreifen nicht, dass sich nach der Landtagswahl „in so kurzer Zeit die Haushaltslage derart verändert haben soll“ (SZ 17.11.04). Theater-Generalintendant Schildknecht fühlt sich gar „belogen, betrogen, beschissen“. Und das ganz zu Recht. Denn die Landesregierung plant schon seit langem rücksichtslose Einschnitte in den kulturellen und sozialen Bereichen. Doch auf hinterhältige Weise wurde damit bis nach den Wahlen gewartet. Während Mittel da sind, um neue CDU-Staatssekretäre einzustellen und staatliche Propaganda zu fördern, wird das Geld an der Basis kassiert.



Blick auf die Teilnehmer der 20. Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP, die am 7. November unter dem Motto: „Widerstand organisieren - Für einen Politikwechsel!“ in der „Stückguthalle“ des Kulturbahnhofs stattfand.

# AUS

für SKF Etzenhofen !

Lesen Sie auf Seite 2 und 3:

**Zurück bleiben  
gedemütigte  
Mitarbeiter  
und verseuchte  
Erde**

Stadtmarketing umstritten:

## DKP bleibt keine Antwort schuldig

Mit einem fünfseitigen Brief hat Franz Hertel auf Bemerkungen reagiert, die der 2. Vorsitzende des Püttlinger Marketingvereins in einer ganzseitigen Anzeige des „Öffentlichen Anzeigers“ vom 11. Nov. an die Adresse des DKP-Fraktionsvorsitzenden gerichtet hat.

Unmissverständlich stellt Hertel fest, dass es zu keiner Zeit um einen Angriff auf den neuen Verein ging; die DKP unterstreicht jedoch erneut ihre Einschätzung der Rolle von Marketing, welches bundesweit betrieben wird. So werde mit viel Blauäugigkeit die Bedeutung von Marketing dargestellt, doch die tiefer liegenden Ursachen der kommunalen Misere würden „weitgehend ausgeblendet“. Der DKP-Sprecher setzt sich auch mit einigen Unterstellungen auseinander, wobei er die Vorwürfe von Miesmacherei oder gar Konfrontation entschieden zurückweist:

„Die DKP hat in vielen Fragen andere Ansichten als die übrigen Parteien, auch was Marketing betrifft. Das hat aber nichts mit dem Suchen nach dem ‚Haar in der Suppe‘ zu tun... Wer sich so wie die DKP engagiert, hat nichts mit Miesmacherei im Sinn. Wir sind jedoch keine JA-Schnapper, die kritiklos alles mitmachen. Da unterscheiden wir uns halt von vielen anderen“.

Den vollen Wortlaut der DKP-Antwort können Sie bei Franz Hertel anfordern (Tel. 06898-65417) oder im Internet unter [www.dkp-saarland.de](http://www.dkp-saarland.de) nachlesen.

## Aus für SKF in Etzenhofen:

# Zurück bleiben gedemütigte Mitarbeiter und verseuchte Erde

Auf Drängen der Schweinfurter Geschäftsführung ist das ehemalige Gleitlagerwerk fast abgewickelt

Den nachfolgenden Beitrag entnehmen wir der UZ, der DKP-Wochenzeitung, die in ihrer Ausgabe vom 5. November eine ganze Seite über Püttlingen veröffentlichte, wobei der Aufmacher sich ausführlich mit SKF beschäftigte. Zwischentitel sind von der Redaktion eingefügt.

Aus für das SKF-Gleitlagerwerk in Etzenhofen! Am Jahresende ist es soweit. Doch schon jetzt macht sich in den Produktionshallen gähnende Leere breit. Ein Großteil der Maschinen ist bereits abgebaut, verladen und nach Schweinfurt gebracht worden, um an einem neuen Standort wieder für den Aktionärsprofit verwendet zu werden. Nicht mehr „verwendungsfähig“ sind die Mitarbeiter des SKF-Werkes, die dem Unternehmen in den letzten Jahrzehnten prächtige Einnahmen gesichert haben. Zuletzt, im Geschäftsjahr 2002, waren es immerhin 7,5 Millionen Euro, die als Gewinn von Etzenhofen an die Konzernzentrale transferiert wurden. Und noch immer können die Beschäftigten nicht begreifen, dass ein Betrieb, der über keinen Auftragsmangel zu klagen hatte und munter schwarze Zahlen schrieb, so einfach dicht gemacht wird. Etzenhofen wird einer Konzernstrategie geopfert, wonach auf Biegen und

Brechen die Rendite der Aktionäre gesichert werden muss, auch wenn der Konzern angesichts globaler Entwicklungen und Fehlentscheidungen des Managements ziemlich ins Schlingern geraten ist. Eine Situation, wie man sie gegenwärtig auch bei Opel, Karstadt und anderen Unternehmen erleben kann, wo zig-tausende Arbeitsplätze geopfert werden sollen, weil die Profitlogik immer Vorrang hat.

### Opfer der Konzernstrategie

Im Falle SKF soll der schwedische Weltkonzern insgesamt durch ein Strukturprogramm besser abgesichert werden, wobei auf die Standorte in Deutschland keine Rücksicht genommen wird. Inzwischen ist bekannt, dass in Schweinfurt und anderen Werken weitere Arbeitsplätze abgebaut werden. Hinter vorgehaltener Hand wird bereits gemunkelt, dass am Ende alle Betriebe am Standort Deutschland bedroht sind. Möglicherweise sollen künftig nur noch Auslieferungsbetriebe übrig bleiben, während Produktionsverlagerungen nach China, Polen, Tschechien und in die Ukraine für eine „billigere“ Herstellung sorgen sollen. Noch ist es nicht soweit.

Zunächst wird also Etzenhofen „abgewickelt“. Was so aussieht, dass die Beschäftigten schon seit Monaten alle Maschinen demontieren müssen, an denen sie über viele Jahre hinweg ihre qualifizierte Arbeit verrichtet haben. Nicht wenige haben dabei Tränen in den Augen und werden von mulmigen Gefühlen gequält, ist es doch

ein Trauerspiel, selbst erleben zu müssen, wie der eigene Arbeitsplatz skrupellos liquidiert wird. Bis zum Jahresende sollen alle Produktionsflächen geräumt und gesäubert sein. Was dann



noch zu tun ist, wird durch Kollegen aus Schweinfurt und von Fremdfirmen erledigt.

### Abriss und Entsorgung

Im Frühjahr könnte mit dem Abriss der Gebäude und der Entsorgung des verseuchten Bodens begonnen werden. Übrig bleiben soll nur ein erst 1981erbauter Werksteil, den man verkaufen will. Man schätzt, dass in zwei bis drei Jahren das Kapitel Betriebsanlage abgeschlossen werden kann.

Was aber mit den über 300 Männern und Frauen wird, die bislang im Etzenhofer Gleitlagerwerk ihre Existenzgrundlage hatten, weiß niemand zu sagen. Erst 65 Personen haben bis jetzt eine neue Stelle, etwa 30 sollen ins Schweinfurter Werk übernommen werden. **Rund 200 Kolleginnen u. Kollegen stehen bislang vor einem Nichts. Sie werden ab 1. Januar 2005 für ein Jahr (bei 80 Prozent ihres bisherigen Nettolohnes) in eine so genannte Transfergesellschaft übernommen,**



Dreimal ist die DKP-Stadtzeitung Püttlingen mit Extrablättern erschienen, um die SKF-Beschäftigten solidarisch zu unterstützen.

**wo sie für eine andere Tätigkeit qualifiziert werden.** Aber eine neue Arbeitsstelle, um die sie sich im Laufe des Jahres bemühen sollen, ist keineswegs in Aussicht.

### **Eine Welt bricht zusammen**

Die Mehrheit dieser Betroffenen hat bei SKF gelernt, seit Jahrzehnten in Etzenhofen gearbeitet und sich mit „ihrer“ Fabrik identifiziert, für sie bricht eine Welt zusammen. Sie fühlen sich gedemütigt. Diese Leute sind heute zwischen 40 und 55 Jahren und brauchten noch nie nach einer Stelle zu suchen. Sie haben kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Ihnen blüht, dass sie am Ende bei Hartz IV landen. Und später kann es dann passieren, dass sie kein Arbeitslosengeld II bekommen, solange noch berufstätige Familienmitglieder im gleichen Haushalt leben und die sauer verdienten Ersparnisse noch nicht aufgebraucht sind.

### **Kaum noch Perspektiven**

Menschen, die über Jahrzehnte rücksichtslos ausgebeutet wurden und nun kaum noch eine Perspektive haben, werden wie eine heiße Pellkartoffel fallen gelassen, weil unfähige Manager in Schweinfurt ihre eigene Haut retten wollen. Das ist es, was von SKF in Etzenhofen übrig bleibt. Und auch die verseuchte Erde.

So ist in der Automaten-dreherei über lange Jahre hinweg Öl in den Boden gesickert. Metertief, wie Probebohrungen ergeben haben. Selbst im Bereich der umliegenden Neubauten wird belasteter Boden vermutet. Deshalb muss auch die Stadt darauf drängen, dass möglichst viele Probebohrungen durchgeführt werden, um das volle Ausmaß der durch den Betrieb verursachten Bodenverseuchung zu erfassen.

Bei diesen Untersuchungen dürfte auch das Gelände des ehemaligen Weihers oberhalb des SKF-Werkes nicht vergessen werden. An der zum Almeshofen führenden Straße war der dortige Weiher bis Ende der 60er Jahre als Löschteich vorgesehen. Dann wurde er mit Schleifschlamm, Emulsionen, verbrauchten Ölen und Schleifscheiben verfüllt. Später kam noch der Bauaus-hub aus dem damaligen Neubaugebiet Almeshofen hinzu, bis das Gelände voll aufgefüllt war. Die Sache geriet in Vergessenheit.

Als etwa 1998 im Zusammenhang mit dem Bau der Matthias-Nickels-Straße ein Regenwasserrückhaltebecken im Bereich des früheren Weihers geplant wurde, kamen die Schlammrückstände zum Vorschein. Schnell wurde alles wieder zugeschüttet. Seitdem gibt es dort eine Grundwasserprüfstelle, die regelmäßig kontrolliert wird. Was liegt also näher, als alle möglichen Schadstoffstellen zu erfassen und vom Verursacher entgiften zu lassen, bevor sich SKF völlig aus der Verantwortung schleicht?

### **Schlußfolgerungen beachten**

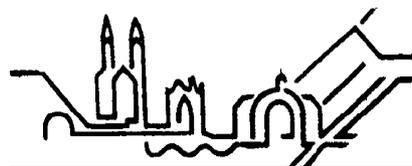
Niemand wird den Etzenhofer Kolleginnen und Kollegen nachsagen können, dass sie sich nicht gewehrt haben. Es gab massive Proteste und vielfältige Solidarität in der ganzen Region. Dennoch ging der Kampf verloren. War er deshalb auch von Anfang an aussichtslos? Nein, so war es keineswegs.

Es stimmt jedoch, dass der Betriebsrat wohl etwas zu blauäugig war und zu lange Hoffnungen in ein Management setzte, dass notfalls auch „über Leichen“ geht. Arbeitsniederlegung hat es praktisch nicht gegeben, weil man Rücksicht auf die Konzernleitung nehmen wollte. Dabei zeigen viele Erfahrungen, dass die Kapitalseite am ehesten spürt, wenn die Räder plötzlich still stehen und eine breite Solidarität in möglichst vielen Betrieben und Branchen erreicht werden kann. Dies kann man aus dem Kampf der SKF-ler durchaus lernen.

### **Man kann über die DKP sagen was man will, eins ist klar:**

## **Eintreten für Arbeitsplätze ist eine Grundsatzfrage**

In einer Anzeige des Stadtmarketingvereins vom 11. November kritisiert Herr Schäfer die DKP, dass es sicher „wesentlich öffentlichkeitswirksamer“ sei, sich „vor ein Unternehmen zu stellen, das gerade beabsichtigt, 300 Arbeitsplätze abzubauen“, als den gleichen Aufwand bei einem Unternehmen zu betreiben, das nur 5 Beschäftigte hat. Franz Hertel hat dies als „unverschäm“ scharf zurückgewiesen: „Schließlich unterstellen Sie mir und meiner Partei populistisches Verhalten, welches nur darauf aus ist, bei größeren Ereignissen schnelle Punkte zu machen, während andere Dinge nicht interessieren. Aber die DKP ist nicht aus so billigem Holz geschnitzt!“



## **Streiflichter des kommunalen Geschehens**

**6 Nein-Stimmen der DKP** gab es bei der Verabschiedung des 1. Nachtrags-haushaltes im Stadtrat. CDU und SPD votierten für den Nachtrag, der ein Defizit von 19,8 Mio € festschreibt. Nach wie vor, so die DKP, widerspiegele der Etat das Unvermögen, die defizitäre Entwicklung der städtischen Finanzen zu bremsen und den Weg einer schrittweisen Gesundung zu beschreiben. Kritisch wurde vermerkt, dass die Gewerbesteuer-einnahmen rückläufig sind und sich auch der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer verringert hat. Allein dieser Posten bedeutet 176.000 € weniger in der Stadtkasse.

\*

**Abgelehnt** hat die DKP-Fraktion, wie bereits angekündigt, die Erhöhung der Kindergartenbeiträge zum 1.1.2005. Auch SPD und FDP stimmten dagegen. Nur die CDU setzte sich über alle Einwände hinweg, sah sich angeblich „an Gesetze gebunden“ und wälzte unge-rührt eine weitere Belastung auf die Familien mit Kindern ab.

Für Kommunisten gehört es zur Grundfrage ihrer Politik, sich stets auf die Seite der arbeitenden Menschen zu stellen und sich immer solidarisch gegen-über denen zu verhalten, die in Fabriken und Büros, mit Aktionen und Demonstrationen für ihre berechtigten Interessen eintreten!

Da ist es natürlich kein Wunder, wenn wir die über 300 Beschäftigten von SKF bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze vorbehaltlos unterstützen. Auch als „nur“ 30 Arbeitsplätze vom Konkurs bedroht waren, wie z.B. im Frühjahr 1992 bei der Firma Tigro, war es allein die DKP, die sich uneigennützig für die Sache der kämpfenden Arbeiter engagierte.

Stadtrat lehnt antifaschistische Ausstellung in Püttlingen ab:

## Neonazis haben bei den bürgerlichen Parteien unverdiente Schonzeit

Die DKP hatte beantragt, die Ausstellung „Saarländerinnen gegen die Nazis - verfolgt, vertrieben, ermordet“ nach Püttlingen zu holen. Diese vom Adolf-Bender-Zentrum in St. Wendel in Zusammenarbeit mit der VVN-Bund der Antifaschisten erarbeitete Bildschau berichtet über 26 saarländische Frauen, die dem Faschismus Widerstand geleistet haben. Unter ihnen auch die in unserer Stadt bekannte und verehrte Katharina Katzenmaier.

Leider hatten CDU, SPD und FDP ihre Scheuklappen angelegt und folgten blindlings dem Bürgermeister, der die von der DKP verwendete Wortwahl als „eine Provokation“ für die Neonazis bezeichnete. Speicher betonte, er wolle dieses Thema lieber „im Stillen behandeln“, weil er „Ruhe in der Stadt“ haben möchte. Mit solchen Anträgen (wie dem der DKP!) gieße man „Öl ins Feuer“, deshalb müsse man behutsam und vorsichtig agieren.

Dass sich CDU-Chef Hubertus dieser Linie anschließen werde, hat kaum überrascht. Auch die Bemerkung von FDP-Frau Bremm, der DKP-Antrag sei „zu propagandistisch“ aufgemacht, entspricht den Erfahrungen mit dieser Partei. Was aber völlig überraschte, war das Verhalten der SPD-Fraktion, die im Chor mit den anderen die Wortwahl der DKP kritisierte und einen „sensiblen“

Umgang mit diesem Thema anmahnte. In diesem Falle bedeutete das, *nichts* zu tun. Obwohl Frau Klein noch im Ausschuss gesagt hatte, sie habe „mit Entsetzen festgestellt, wie diese Kräfte (die Neonazis! d. Verf.) zugenommen haben“, war die SPD im Stadtrat nicht bereit, die beantragte Ausstellung in Püttlingen zu unterstützen.

Es ist schon arg bedenklich, wenn die Tatsachen quasi auf den Kopf gestellt und die warnenden Hinweise der DKP als provokatorisch und ruhestörend abgetan werden. Und das in einer Situation, wo die braunen Kräfte immer offensiver auftreten:

Neonazis nutzen die November-Gedenktage für provozierende Auftritte. So liefen in Leverkusen 60 Neofaschisten durch die Straßen und riefen die antijüdische Parole: „Die schönsten Nächte sind aus Kristall“. Laufend gibt es neue Beispiele von Ausländerfeindlichkeit der Neonazis, die bei öffentlichen Demonstrationen ihre Hetzpropaganda verbreiten und für „national befreite Zonen“ agieren.

Die bisher geübte Schweigetaktik gegenüber diesen Kräften hat nicht verhindert, dass NPD-Leute jetzt in Völklingen und Saarbrücken „parlamentsreif“ sind. Auch in Brandenburg hatte man die DVU weitgehend ignoriert, mit dem Ergebnis, dass jetzt 6 dieser Typen statt bisher 5 im Landtag vertreten sind. In Sachsen ist die NPD nun mit 12 Personen im Landtag und konnte bei der Wahl des Ministerpräsidenten für den von ihr nominierten Kandidaten sogar 2 Stimmen von den anderen Parteien erhal-

**Dieses Buch liegt der oben erwähnten Ausstellung zugrunde und ist im „Blattlaus-Verlag“ Saarbrücken erschienen. Preis: 12,80 Euro. Es kann auch über uns bestellt werden.**



**Einstimmig nahm die 20. Bezirksdelegiertenkonferenz im Kulturbahnhof eine Entschließung an, die sich mit dem Besorgnis erregenden Anwachsen neofaschistischer Kräfte beschäftigt. Darin erklärt die DKP ihre „Unterstützung für alle Initiativen, die einem weiteren Erstarken von Rechtskräften und Neonazis entgegengetreten“.**

ten (!!). Was muss denn noch passieren, bevor begriffen wird, dass mit vornehmer Zurückhaltung der rechte Spuk nicht aufzuhalten ist?

Selbst die SZ schrieb am 2.11.04 über die „braune Suppe“, die sich da zusammenbraut“ und warnte vor dem „Anstrich braver Biedermänner“, die sich „mit ihren Parolen als Brandstifter“ entlarven. Ob braune Suppe oder „brauner Sumpf“, wie die DKP es formuliert hat, wichtig ist nur, dass endlich etwas geschieht, um die Menschen gegenüber diesen gefährlichen Kräften zu immunisieren.

Antifaschistische Aufklärungsarbeit kann nicht im stillen Kämmerlein betrieben werden. Dazu bedarf es öffentlicher Veranstaltungen und Aktionen. Nur schade, dass dies eine Mehrheit im Püttlinger Stadtrat immer noch nicht wahrhaben will.



**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck